

Eisenbahngeleise liegend tot aufgefunden worden. Ob ein Unfall oder Selbstmord vorliegt, konnte nicht festgestellt werden.

Der in Konkurs geratene Materialwarenhändler Hofmann in Greiz, der wegen betrügerischen Bankrotts verhaftet wurde, hat in der raffiniertesten Weise Waren beiseite geschafft. Jetzt ist auch die Mutter Hofmanns wegen Beihilfe verhaftet worden. Hofmann hatte mit den bei Seite geschafften Waren in der Mittelstraße in Greiz ein neues Geschäft gegründet unter der Firma Schulze aus Elsterberg.

### Deutscher Reichstag.

128. Sitzung vom 26. Januar.

1 1/4 Uhr: Vor der Tagesordnung gibt Staatssekretär Graf Posadowsky folgende Erklärung ab.

Meine Herren! Auf die Interpellation v. Normann und Genossen, betreffend den Abschluss des österreichisch-ungarischen Handelsvertrags, habe ich erklärt, ich würde voraussichtlich im Laufe dieser Woche die Interpellation beantworten können. Inzwischen hat sich die Sachlage dahin geändert, daß der Handelsvertrag mit Oesterreich Ungarn gestern Abend von den Bevollmächtigten unterschrieben worden ist. Ich darf annehmen, daß der Bundesrat seine Beratung über die sieben Handelsverträge so beschleunigen wird, daß dieselben am 1. Februar dem Reichstage werden vorgelegt werden können. Bei dieser Gelegenheit werden auch alle die Fragen, die sich auf die Handelsverträge beziehen, Gegenstand der Erörterungen in diesem Hause werden. Ich darf daher wohl annehmen, daß damit die Interpellation v. Normann vorläufig erledigt ist.

Hierauf setzt das Haus die Beratung des Postetats beim Titel Staatssekretär fort.

Abg. Dove (fr. Brg.): Der Abg. Erberger hat unsere Postverwaltung die beste der Welt genannt. Ich möchte da doch etwas zurückhaltender sein. Wir haben ja die Erfahrung gemacht, daß selbst der geniale erste Leiter des Reichspostamts Dr. Stephan gegen Ende seiner Amtstätigkeit auf seinen Lorbeeren ausgeruht hat. Redner wendet sich dann gegen die in der Zentrumsresolution Gräber-Dige geforderte, noch weiter als bisher gehende Einschränkung der Schalterstunden für den Paketverkehr an den Vorabenden der Sonn- und Feiertage. Auf die polnischen Beschwerden eingehend, empfiehlt Redner, ebensowohl den Polen wie der Postverwaltung, einander wechselseitig entgegenzukommen unter ausschließlicher Rücksichtnahme auf das Verkehrsinteresse. Wenn künftig auch Postkarten zur Ausgabe gelangen sollen, deren Vorderseite zur Hälfte zu Mitteilungen benutzt werden darf, so wird das hoffentlich auch zur Einschränkung des Titularwesens führen. Was die Unterstützungstitel in dem neuen Etat anlangt, von denen anderweit die Befürchtung geäußert ist, daß sie lediglich eine Einschmuggelung der im Vorjahre abgelehnten Osmarkenzulage bedeuten, so wird jedenfalls in der Kommission über den Verwendungszweck genauerer Aufschluß gegeben werden müssen, ehe meine Freunde sich darüber schlüssig machen können. Redner äußert schließlich noch Wünsche betr. Verkehrsverbilligungen.

Abg. Lipinski (Soz.) verbreitet sich namentlich über den übermäßigen Andrang zu den Paketannahmestellen in der letzten abendlichen Schalterstunde. Seiner Ansicht nach sollten die Annahmestellen nicht über 7 Uhr Abends hinaus offen gehalten werden.

Abg. Stöcker (wiltsonf.): Ich freue mich über die vielen neuen etatismäßigen Stellen und möchte den Staatssekretär um die Erziehung von Unterbeamten-Ausschüssen bitten. Keine Einrichtung rückt so wie diese die Postverwaltung in ein „soziales Licht“. Die Unterstützungsfonds für Fälle von Notlage sind durchaus zu billigen. Zu bedenken ist, daß die Sekretäre so spät in den Bezug höherer Zulagen rücken. Für die Beamten auf dem Lande muß mehr gesehen, auch der Wohnungsgeldzuschuß muß erhöht werden. Denn seit Jahrzehnten hat sich ein Umschwung darin vollzogen, daß die Leuerung auf dem Lande eine viel größere geworden ist als in den Städten. Unter den Klagen der Unterbeamten sind nicht unberücksichtigt die über das Scheitern der Räume spät Abends und über den Nachtdienst. Ueber 60 Stunden darf der Dienst pro Woche nicht betragen; das ist als Maximum genug. Der Sonntagsdienst muß noch viel mehr eingeschränkt werden, entsprechend der Zentrumsresolution. Im besondern Maße notwendig ist auch die Befestigung der Telegraphenarbeiter.

Abg. Wallau (nl.): Die hier vorgebrachten polnischen Beschwerden waren nicht gerechtfertigt. Es ist unbillig, von deutschen Postbeamten zu verlangen, daß sie über und über mit polnischen Wörtern bedeckte Briefumschläge befördern. Die Polen wollen offenbar auf diese Weise die Gleichberechtigung der polnischen mit der deutschen Sprache erzwingen. Es ist das eine Urogans, die zurückgewiesen werden muß. (Beifall.) Die Zentrumsresolution wegen niedrigerer Fernspreckgebühren für gemeinnützige Arbeitsnachweise wird von meinen Freunden gebilligt. Zu prüfen ist, ob die Vergünstigung nicht noch auf andre gemeinnützige Anstalten ausgedehnt ist. Zu wünschen ist weitere Ausdehnung des Fernsprecknetzes auf dem platten Lande.

Unterstaatssekretär Sydow: Es geschieht auf diesem Gebiete, was nur möglich ist. Es wird systematisch vorgegangen. Die Mittel und Kräfte der Verwaltung sind gerade für Erweiterung des Fernsprecknetzes auf dem platten Lande voll in Anspruch genommen. Natürlich werden zunächst die Gemeinden berücksichtigt, wo das Bedürfnis am offenbarsten und wo der Nachweis hierfür von vornherein dadurch erbracht ist, daß die Gemeinde für eine gewisse Brutto Einnahme die Garantie übernimmt.

Abg. Hug (Str.) bemängelt Ungleichheiten in den Bezügen der verschiedenen höheren Beamtenkategorien.

Abg. v. Gerlach (fr. Brg.): Die Bemerkungen des Abg. Sydow gegen die Beschäftigung weiblicher Beamten in Post und Telegraphie haben nicht die Minderwertigkeit der Frauenarbeit, wohl aber die Niedrigkeit des Niveaus erwiesen, von dem aus solche Kritik geübt wird. Den Staatssekretär muß ich fragen, ob dieser geneigt ist, endlich gegenüber den Organisationswünschen der Unterbeamten eine andre Stellung einzunehmen als bisher. Bei den Unterbeamten treten doch nun einmal alle andern Wünsche zurück hinter dem einen Wunsch nach einer mächtigen Organisation, in der sie ihre Berufsinteressen wahrnehmen können. Auch mit dem ehemals so besoltenen Assistentenverbande hat sich ja doch die Postverwaltung mit der Zeit abgefunden. Der Staatssekretär hat eine Verkürzung der Dienstzeit nicht in Aussicht gestellt, sondern auf die Handlungsgelöhnen verwiesen, deren tägliche Dienstzeit eher noch länger ist. Ja, aber die Handlungsgelöhnen können sich wenigstens aller modernen Ergründlichkeiten bedienen, können sich zusammenschließen; das können die Beamten nicht. Die Postverwaltung möge dafür sorgen, daß ihre Beamten, untere und höhere, mehr als bisher als Staatsbürger gehalten werden.

Abg. Raab (Antsem.) weist den Standpunkt des Vorredners in Bezug auf die Frauenfrage kurz zurück, berührt Bekleidungsfragen, namentlich bei Landbriefträgern, bemängelt die Erhebung von Bestellgeld, wünscht Erhöhung des Briefgewichts mit einfachem Porto auf 20 Gramm auch im Weltverkehr und verlangt für Hamburg mehr Postämter. Wenn Hamburg, das zumal mit seinen Vororten sehr weitläufig gebaut sei, nach Maßgabe der Bevölkerung ebensolche Ämter wie Berlin haben soll, so müßte die Zahl der Ämter von 30 auf 42 erhöht werden.

Staatssekretär Kräfte: Das Bestellgeld ist von uns mit 17

Millionen Mk. etabliert, wird es abgeschafft, müßten die Gebühren erhöht werden. Die Gehälter zu erhöhen, kann niemand dringender wünschen, als die Postverwaltung selbst. Aber alle Gärten auf einmal auszugleichen, geht nicht. Wir können da immer nur mit den relativ schlechtesten Gehältern anfangen. Das ist ja auch im Vorjahr bezüglich der Landbriefträger geschehen. Wir bleiben bemüht, die Gehälter allgemein zu verbessern; aber das Tempo, in dem wir vorgehen, kann nur ein langsames sein.

Abg. v. Jazdzewski (Pole) kommt auf die Adressenfrage zurück. Wo der Adressat genau bekannt ist, dürfe die Bestellung nicht unnötig verzögert werden.

Abg. Sattler (nl.) erklärt dem Vorredner kurz, er habe ihn nicht zu überzeugen vermocht, daß die Schuld auf der Seite der Postverwaltung liege.

Damit schließt die Debatte. Der Titel Gehalt des Staatssekretärs wird angenommen. Die Zentrumsresolutionen mit dem Amendement Vichhoff-Müller-Sagan werden genehmigt. Beim Kapitel Oberpostdirektionen führt

Abg. Kunert (Soz.) Beschwerde über Fälle, wo das Briefgeheimnis seitens der Postverwaltung nicht gewahrt worden ist. Staatssekretär Kräfte: Die Untersuchung hat stattgefunden, die Direktion hat auch Strafantrag gestellt gegen einen verdächtigen Postaganten, aber die Verdachtsgründe genügen der Staatsanwaltschaft wohl nicht. Für die Verwaltung waren die Verdachtsgründe jedoch so stark, daß sie den Betroffenen entlassen hat.

Nach weiterer unerheblicher Debatte wird der Postetat, soweit er nicht der Kommission vorliegt, erledigt.

Montag 1 Uhr: Südmexikanischer Nachtragsetat für 1904. Schluß gegen 1 1/7 Uhr.

### Vermischtes.

**Allerlei.** Mit dem Wiederaufbau des Glockenturmes der Markuskirche in Venedig kann begonnen werden, nachdem die Vorarbeiten beendet sind. Es wurden 3076 Pfähle aus bestem Bärchenholz von 4 m Länge eingerammt, die den Druck eines Gewichtes von 16 Mill Kg. auszuhalten haben werden. — Die Fälle, in denen Menschenleben bei dem Schlittschuhlaufen verloren gehen, mehren sich in erschreckender Weise. In Mecklenburg sind wieder vier junge Leute ums Leben gekommen. Sie gerieten bei einer Schlittschuhpartie über den Malchiner See auf eine dünne Stelle der Eisdecke, brachen ein und ertranken alle vier. — In Schnaitheim in Württemberg erkrankte ein 12jähriger Knabe bei dem Versuch, seine beim Eislauf eingebrochene Schwester zu retten. — Durch einen Lawinensturz im Billgrattental in Tirol verunglückte ein Banerensohn. Bei Aufsuchung der Leiche brach eine neue Lawine los, die einen zweiten Mann tötete. — Der Hamburger Senat lehnte das Gnadengesuch der wegen fünffachen Kindesmordes zum Tode verurteilten früheren Hebamme Wiese ab. Die Hinrichtung erfolgt in den nächsten Tagen. — Selbstmord verübte in Newyork der deutsche Koch Peterz, der bei dem Unglück auf dem Dampfer „Slocum“ Frau, Kind, Bruder und Schwester verlor. — Ein neues furchtbares Schneetreiben hat, wie aus Newyork gemeldet wird, allerlei Verkehrsstörungen hervorgerufen. Trotz der Anwendung mächtiger Schneepflüge ist es unmöglich, die Bahnstrecke freizuhalten. Die Milchzufuhr wurde unterbrochen. Während des heftigen Sturmes wüthete Großfeuer in der Stadt unter mehreren Geschäftshäusern. Auch ein Riesenmahlhaus ist eingestürzt worden. Der blizzartige Schneesturm suchte alle östlichen Staaten heim. Einige Schiffsunfälle werden bekannt. Die Schiffe aus Europa kamen mit Verspätung in Newyork an. Ein Zug der Cleveland-Cincinnati-Eisenbahn entgleiste, wobei 15 Personen verletzt wurden. Auch anderswo ereigneten sich Eisenbahnunfälle. In Newyork wehte der Sturm eine Mauer der in Brand gerathenen Rißsbaybrauerei um. Die Mauer begrub zwölf Feuerwehrleute unter ihren Trümmern. Die elektrischen Wagen auf dem Broadway stellten die Fahrer ein, der Verkehr mit dem Hafen mußte fast vollständig aufhören. Mehr als 100 Personen wurden in Tragbahnen von der Straße weggebracht. — Eine Hypotheken-Schwindlerin namens Marks, die ihren Opfern 138,000 Mk. abnahm, wurde von der Breslauer Strafkammer zu acht Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt. — In einem Warschauer Restaurant wurde ein Maler von einem Bildhauer erschossen. Ersterer hatte den Bildhauer gefordert, weil dieser zu einem Ausschuß gehörte, der seine Bilder zurückwies. Als der Herausgeforderte ablehnte, lauerte der Maler ihm auf. In dem Lokal ging er mit erhobener Hand auf ihn los, worauf der Bildhauer schoß. — Das Schwurgericht in Düsseldorf verurteilte den Postinspektor Klukowski aus Rheydt wegen Unterschlagung von 12,000 Mk. amtlicher Gelder zu 18 Monaten Gefängnis.

— Beim Schlittschuhlaufen erkrankte ein junger Mann in Athenow. Auch in Werder a. d. Havel forderte der Eis-sport ein Opfer. — Gegen den Sekretär der städtischen Baugewerkschule in Berlin ist dorthigen Zeitungen zufolge die Untersuchung wegen Unterschlagung von 3000 bis 5000 Mk. eingeleitet worden. — Zu 3 Wochen Festungshaft begnadigt wurde, wie aus Raumburg a. d. Saale berichtet wird, der Polizeihergeant Heitmann, der wegen wiederholter Diebstähle im Amte zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden war. — In einem Steinbruch bei Angers in Frankreich stürzten 15 Arbeiter durch Reissen des Seils des Förderkorbes in die Tiefe; sie wurden zerschmettert. — 140,000 Mk. löstete Frau Konsul Schmidt in Hamburg ihrer Vaterstadt Bayreuth. 100,000 Mk. sind für den Bau eines Siechenhauses bestimmt. — Aus Scham und Verzweiflung stieß sich in Dornlesch in der Schweiz eine junge Witwe, die von zwei Kerlen überfallen und vergewaltigt worden war, ein Messer mit solcher Wucht in die Brust, daß bald der Tod eintrat.

### Telegramme.

Berlin, 27. Januar. Das Befinden des Prinzen Eitel Friedrich zeigte gestern eine weitere Besserung. Die Atmung ist ruhig. Die Kaiserin hat gestern von Nach-

mittags 4 Uhr ab bis Abends den Prinzen im Beisein der Krankenschwester gepflegt. Im Auftrage des Kaisers hat sich gestern Abend Scheinrat Dr. Zander nach Potsdam begeben.

Dortmund, 27. Januar. Auf einer Feste bei Barop kam es zwischen der Verwaltung und Steigern zu einem Konflikt, weil die Steiger sich weigerten, einzufahren. Es scheint, als ob sich der Streit auch auf die Steiger ausdehnt.

Frankfurt, 27. Januar. Aus Romanshorn wird der „Frankf. Ztg.“ gemeldet, daß die Prinzessin von Hessenburg Döfingen in Untersuchungshaft genommen worden ist. Sie wird der Pfandverschleppung beschuldigt.

Darmstadt, 27. Januar. Gestern fand eine große Kundgebung der die hiesige Hochschule besuchenden russischen Studenten statt. Sie erschienen 300 Mann stark vor dem Palais des russischen Gesandten. Der Führer der Studenten hielt eine Ansprache an den Gesandten, worin er den Wunsch über die Petersburger Vorgänge aussprach. Der Gesandte antwortete, der Ausfall sei herbeigeführt worden durch gewissenlose Führer der Arbeiter, die diese Vorgänge geleitet hätten, die Versammlung zog ruhig in geschlossenem Zuge durch die Straßen der Stadt.

Köln, 27. Januar. Einem Kopenhagener Telegramm der „Kölnischen Zeitung“ zufolge wird demnächst die Zarin mit ihren Kindern auf Schloß Fredensborg Aufenthalt nehmen.

Budapest, 27. Januar. Bis Mittags 3 Uhr waren 280 Resultate bekannt. Davon entfielen 114 auf die Liberalen und 113 auf die Kossuthpartei, während die übrigen auf andere Nebenparteien entfielen. Das Wahleresultat dürfte eine große Niederlage der Regierung bedeuten.

Paris, 27. Januar. „Petit Journal“ berichtet aus Petersburg, in Moskau sind neue Unruhen ausgebrochen. Wie verlautet, sind 1200 Arbeiter in der Distrikat Zwanzow Bofusend in den Ausfall getreten. Dieselben durchzogen die Straßen unter Vorantzung roter Fahnen und Abführung revolutionärer Lieder. Die Zahl der anwesenden Truppen genügt nicht, um die Unruhen niederzukämpfen.

Paris, 27. Januar. „Britt Journal“ berichtet aus Petersburg, die Aufständischen setzten die Fabrik von Sabais in Brand. Auch eine große Wollspinnerei steht in Flammen.

Petersburg, 27. Januar. Gestern Abend kam es zu neuen Kundgebungen der Aufständischen. Diese durchzogen die Straßen, wobei ein Polizist durch einen Revolvererschuß getötet wurde. Truppen mußten requiriert werden, um die Kundgeber zu zerstreuen.

Petersburg, 27. Januar. Die Ruhe scheint völlig wiederhergestellt zu sein. Heute oder morgen soll in den Fabriken die Arbeit wieder aufgenommen werden. Die Hoffnung, daß die russischen Zeitungen heute wieder erscheinen werden, ist trügerisch, da die Seher auf ihren Forderungen bestehen. Gestern fand eine Konferenz aller Herausgeber statt. Es wurde beschlossen, mit dem Erscheinen der Zeitungen zu warten, bis sich die Seher sagen. Von Privatzeitungen erschienen nur die deutsche Petersburger Zeitung, ein französisches Blatt und das Amtsblatt.

Petersburg, 27. Januar. Der Zar überfand dem am 28. d. M. von Sidan abgehenden Geschwader 6 Heiligenbilder, woraus ersichtlich ist, daß er sich nicht persönlich von der Flotte verabschieden wird.

Petersburg, 27. Januar. Der Präsekt von Moskau hat ein Telegramm anfragen lassen, worin behauptet wird, daß die russischen Revolutionäre von den Japanern unterstützt würden.

Petersburg, 27. Januar. Der Zar soll dem Großfürsten Wladimir seinen Dank für die Unterdrückung der Unruhen in Petersburg ausgedrückt haben. Ferner verlautet, der Zar habe eine Arbeiterdeputation zu sich befohlen, weil ihm eine hochstehende Persönlichkeit mitgeteilt habe, daß der Kaiser nicht gegen ihn, sondern gegen die Verwaltung gerichtet war.

Riga, 27. Januar. Bei dem gestrigen Zusammenstoß sind insgesamt 22 Personen getötet und 55 verletzt worden. 7 Soldaten wurden verwundet, darunter einer tödlich.

Riga, 27. Januar. Zwischen Truppen und Aufständischen fand in der Nähe des Bahnhofs ein Zusammenstoß statt, wobei 30 Personen getötet wurden.

Wina, 27. Januar. Die Lage ist sehr ernst. Mehrere Zusammenstöße zwischen der Polizei und den Aufständischen haben stattgefunden, wobei über 30 Personen getötet oder verwundet wurden. Unter den Opfern befinden sich mehrere Soldaten und Polizisten.

Helsingfors, 27. Januar. Truppen durchziehen die Straßen der Stadt. Um 5 Uhr Abends zogen mehrere Tausend Aufständische durch die Straßen der Stadt. Eine Proklamation, in welcher mehrere Zugeständnisse gefordert werden, wurde in Form von Flugblättern unter die Menge zerstreut. Die Menge versuchte vor die Wohnung des Gouverneurs zu ziehen. Es kam zu einem Zusammenstoß, bei welchem mehrere Kundgeber verletzt wurden. Auch ein Polizist wurde durch einen Revolvererschuß verwundet.

London, 27. Januar. Der Zusammenstoß, der in Riga etwa 1/6 Uhr Nachmittags stattfand, hatte, wie hierher gemeldet wird, ein schreckliches Ende. Die streikenden Arbeiter der Komsnotow-Werke wollten über eine eiserne Brücke marschieren. Der Weg war durch Truppen abgesperrt. Die Streikenden versuchten den Truppen Stand zu halten, worauf die Truppen feuerten. Mehrere Salben wurden auf die dichtgedrängten Massen abgegeben, viele wurden getötet oder verwundet. Die Arbeiter flohen in wilder Panik.

London, 27. Januar. Der „Globe“ erfährt, unter den russischen Truppen in Ruzden ist infolge der Entbehrungen eine erste Meuterei ausgebrochen. Die russischen Behörden machen die größten Anstrengungen, um den Aufstand geheim zu halten. Die Japaner treffen Maßnahmen, um die Russen mit den Vorgängen in Petersburg bekannt zu machen.

London, 27. Januar. Privatmeldungen zufolge streiken in Riga zur Zeit 20,000 Arbeiter. Um 6 Uhr Abends verbreitete sich der Aufstand auf die Elektrizitäts- und Gaswerke. Die Stadt Riga ist in großer Aufregung. Die Einwohner bleiben in den Häusern, die Truppen halten alle Werke besetzt.

Liverpool, 27. Januar. Unter stürmischem Beifall beschloß der Kongreß der britischen Arbeiter, den deutschen Vorgelanten in ihrem Kampfe um die Menschewürdigkeit die herzlichste Sympathie auszusprechen.